

2025.03.20 Rat der Bundesstadt Bonn **Haushaltsrede BBB-Fraktionsvorsitzender Marcel Schmitt**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

Queen Elisabeth II soll eine ihrer Tischreden mit dem ihr eigenen schwarzen Humor britischer Prägung begonnen haben:

„Ich halte mich an das, was mein Vorfahr Heinrich VIII. zu jeder seiner sechs Frauen sagte: ‚Ich werde Ihre Aufmerksamkeit nicht sehr lange in Anspruch nehmen.‘“

Das Versprechen des testosterongesteuerten Irren auf dem englischen Thron des 16. Jahrhunderts werde ich Ihnen heute Abend natürlich nicht geben.

Warum, fragt sich im Plenum keiner, aber sicher einige unserer Zuschauer.

Nach der Redezeitbegrenzung, die die großen Fraktionen dem Stadtrat verordnet oder besser: aufoktroiert haben, stehen uns kleinen Fraktion für jeden Tagesordnungspunkt nur 4 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Egal wie komplex ein Thema ist.

Das Ganze folgt dem Prinzip, den politischen Mitbewerber möglichst mundtot zu machen.

Einzigste Ausnahme von der demokratisch bedenklichen Regel zugunsten von CDU, Grünen und noch der SPD ist die Haushaltsdebatte.

Meine Damen und Herren!

Alle Jahre wieder steht der kommende Haushalt zur Abstimmung und alle Jahre wieder stellt sich meine Fraktion die Frage, ob es nicht ausreicht, die alte Rede einfach nochmal zu halten und sich so Arbeit zu ersparen.

Für eine ökonomische Wiederverwertung der Rede spricht zum einen, dass es ja sowieso niemandem auffallen wird, weil die, die vor zwei Jahren zugehört haben, sich kaum noch an das Gesagte erinnern werden und die, die seinerzeit mit ihrem iPad, Laptop oder im Schwätzchen mit dem Nebenmann beschäftigt waren, ohnehin nichts merken werden.

Gewichtiger für eine Reproduktion der alten Rede aber erscheint mir die Tatsache zu sein, dass sich die Finanzplanung der Oberbürgermeisterin und das Ausgabegebaren der grün-roten Ratsmehrheit seit 2021 nicht ein Jota verändert haben.

Wenn Sie jetzt meinen, die Schuldenmentalität vom bündnisgrünen Stadtoberhaupt Katja Dörner und der amtierenden grün-roten Ratsmehrheit, sei ja nichts Neues und so etwas habe es in Bonn in unterschiedlicher Konstellation immer schon gegeben, dann haben Sie natürlich recht:

In den Jahren von 2009 bis 2014 stieg die maßgeblich von der damaligen Ratskoalition aus CDU und Grünen beeinflusste Schuldhöhe der Stadt um 441 Mio. schon auf 1,671 Milliarden Euro. Umgerechnet lag somit am 30.06.2014 die Pro-Kopf-Verschuldung in Bonn bei 5.364 Euro.

Die zwischen Mitte 2014 und Ende September 2020 von der Ratsmehrheit aus CDU, FDP und Grünen nochmals um 242,5 Mio. Euro erweiterte Schuldsumme der Stadt Bonn belief sich zum Stichtag 30.09.2020 auf 1.913,5 Milliarden Euro. Das entsprach einer Verschuldung von 5.810 Euro pro Einwohner.

Der ehemalige grüne Fraktionschef Peter Finger hatte bei der Verabschiedung des Haushalts 2013/2014 im Stadtrat mit meinem Vorgänger im Amte des BBB-Fraktionsvorsitzenden gewettet, der Haushalt werde bis zum Jahr 2017 ausgeglichen sein.

Bernhard Wimmer sagte damals dazu:

„Für die Kiste Rotwein, die ich dagegen ausgesetzt habe, brauche ich angesichts der mangelnden Konsolidierungserfolge mit Sicherheit keine Rücklage bilden.“

Natürlich verlor der passionierte und damit den Klimawandel befördernde Vielflieger Peter Finger die Wette. Ende 2017 hatte die Stadt Bonn 34 Mio. Euro mehr Schulden als im Vorjahr.

Seit dem Gewinn der Kommunalwahl im September 2020 bis zum Stichtag 28.02.2025 haben OB Katja Dörner (B90/Grüne) und die Ratsmehrheit aus Grünen, SPD, Linken und Volt die Bonner Verschuldung um 566,5 Mio. Euro auf 2,48 Milliarden Euro getrieben. Das sind 7.386 Euro Schulden pro Einwohner.

Der Dienstantritt von OB Dörner und ihrer Bündnisgenossen ab November 2020 hat Bonn seither monatlich im Durchschnitt 11,1 Mio. Euro gekostet.

Damit belegt Bonn einen Platz im oberen Bereich des Bundesdurchschnitts bei der kommunalen Verschuldung. In NRW liegt Bonn auf Platz 3 der Pro-Kopf-Verschuldung.

Damit man sich klarmachen kann, was die unter grün-roter Führung seit November 2020 ausgeuferte Verschuldung bedeutet, will ich ein anschauliches Beispiel geben:

Der Neubau des seit 2016 geschlossenen Kurfürstenbades soll 42 Mio. Euro kosten.

Für den ab Ende 2020 und bis heute aufgetürmten grün-roten Schuldenberg von 566,5 Mio. Euro hätte man also 13,5 neue Hallenbäder bekommen.

Wobei der Sanierungsstau nicht nur bei unseren maroden Bädern, sondern bei fast allen in die Jahre gekommenen Bonner Einrichtungen immens ist.

Allein bei den Schulbauten wird der Kostenbedarf auf über 1 Milliarde Euro geschätzt.

Eltern und Schüler fragen sich, warum für die Erneuerung von maroden Schulbauten kein Geld da ist, während für die am Ende dieses Jahres wiedereröffnete Beethovenhalle dann insgesamt 222 Millionen Euro an Sanierungskosten ausgegeben wurden.

Nun das liegt wohl daran, dass Schulbauten eher nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehen und keine prominenten Fürsprecher haben.

Im April 2015 sagte die damalige Bundestagsabgeordnete und heutige OB Katja Dörner (B90/Grüne):

„Die Beethovenhalle ist eine prominente Zeugin aus Glas und Stein unserer Zeit als Bundeshauptstadt. Eine denkmalgerechte Sanierung ist gleichzeitig Pflicht und Chance für unsere Stadt.“

Und die damalige Landtagsabgeordnete Renate Hendricks (SPD) ließ sich ebenfalls im April 2015 wie folgt zitieren:

„Die Zahlen machen deutlich, dass eine Sanierung und ein Ausbau der Beethovenhalle immer noch kostengünstiger ist als ein neues Festspielhaus.“

Würde Frau Hendricks für ihre Aussagen im Nachhinein haften müssen, sähe es schlecht für sie aus. Im Übrigen sprachen die Zahlen damals schon eine andere Sprache.

Die DAX-Konzerne hätten uns ein Festspielhaus anstelle der maroden Beethovenhalle für 70-90 Mio. Euro gebaut und die Stadt Bonn hätte sich nur mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von rund 1 Mio. Euro bzw. einer Einmalzahlung von 25 Mio. Euro Zahlen beteiligen müssen. Vermutlich wären noch eine halbe Million an Mietkosten pro Jahr für das Beethovenorchester dazugekommen.

Das wäre aber allemal billiger gewesen als die in 2016 von CDU, Grünen und FDP im Stadtrat beschlossene Luxussanierung.

Die Sanierung der Halle wurde bekanntlich nur deshalb notwendig, weil im Jahr 2010 der damalige Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch (SPD) ein Moratorium für den baureif geplanten und vollständig finanzierten Musiktempel ausrief und dafür von allen damals im Rat vertretenen Fraktionen außer der des BBB Zustimmung bekam.

Das war der Anfang vom Ende des Festspielhauses, das von drei DAX-Konzernen als Geschenk an die Bundesstadt gedacht war.

Vergleicht man also die Kosten der Luxussanierung der Beethovenhalle, die von ursprünglich 61 auf heute sage und schreibe 222 Millionen Euro stiegen, als auch die jetzt daraus folgenden laufenden Kosten per anno für die Halle - im Haushalt stehen für 2026: 7,05 Mio. und ansteigend bis 2029: 8,2 Mio. Euro - mit den eben genannten 25 Mio. Euro städtischen Einmalbeitrag und Mietkosten von 500.000 Euro, muss man zum Ergebnis kommen, dass hier das Geld des Steuerzahlers in unverantwortlicher Weise aus dem Fenster geworfen wurde.

Nebenbei fragen uns, wie man eigentlich meint, die Beethovenhalle Ende des Jahres wieder zum Laufen zu bringen. Ein von uns seit Jahren geforderter und vor allem belastbarer Businessplan für die Halle liegt immer noch nicht vor.

Statt mit dem für den Betrieb der Halle verantwortlichen Geschäftsführer der BonnCC, Dr. Kleine-Hartlage zu den von ihm formulierten, realistischen Jahreszielen weiterzuarbeiten, wurde dieser so verprellt, dass er entnervt hinwarf.

Im Gegensatz zur kürzlich getroffenen Personalentscheidung hätten wir als Zwischen-Lösung erwartet, dass Stadtkämmerer Michael Fark die Geschäfte Übergangsweise selber führt.

Als Interimsmanager hätte er beweisen können und müssen, dass die von ihm formulierten Renditeerwartungen tatsächlich erreichbar sind.

Wer meint, im Kongressgeschäft mal eben mehr Gewinnerzielung und -ausschüttung an die Stadt in siebenstelliger Höhe erzielen zu können, der sollte sich an der Erreichung der eigenen Zielvorgaben messen lassen.

Haushalt, das bedeutet die Gesamtheit von Einnahmen und Ausgaben einer Gruppe Zusammenlebender bzw. eines Unternehmens, einer Institution, Körperschaft oder in unserem Fall einer Gemeinde.

Der Begriff stammt vom Wort „Haushalten“ ab und was das ist, haben die meisten von uns über das Taschengeld in der Kindheit gelernt.

Im Privaten scheint das Haushalten bei den allermeisten Politikern auch im Alter zu klappen, nur das Haushalten mit dem Geld der Steuerzahler scheint für viele in den Parlamenten schwierig bis unmöglich.

Die gerade beschlossene Abschaffung der Schuldenbremse im Bund zeigt das deutlich.

Dort gilt, was Mark Twain einmal so beschrieb:

„Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme - und wenn ich mir Geld dafür borgen muss!“

Für viele Rats- und Ausschussmitglieder in Bonn scheinen Begriffe wie Aufgabenkritik, Abbau von Parallelstrukturen, Rückführung freiwilliger Leistungen und damit Einsparung von Haushaltsmitteln Fremdworte zu sein.

Das Geld anderer Leute gibt sich eben leichter aus, als das eigene. Aber nach dem römischen Stoiker Seneca ist nicht der großzügig, der freigiebig mit fremdem Gut umgeht, sondern der, der von sich selber nimmt, was er anderen gibt.

Angesichts der Beratungsverläufe im Sozialausschuss, in dem kritische Nachfragen unerwünscht sind, sollte man diesen ohnehin besser in „Geberkonferenz“ umbenennen.

Vorrangige Aufgabe des Stadtrates in den kommenden Jahren muss es hingehen sein, Ausgaben und Einnahmen endlich wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Dazu muss man darüber verhandeln, was an Wohltaten eingesammelt wird und nicht darüber, was zusätzlich mit nicht vorhandenem Geld auf Pump neu angestoßen wird.

Der *BBB* hat seit Langem vergeblich gemahnt, nicht ständig mehr auszugeben, als man auf der Einnahmenseite zur Verfügung hat.

Unsere zahlreichen Anträge, bei allen Ausgaben, die nicht durch Gesetz dem Grund und der Höhe nach vorgeschrieben sind, die Ansätze Jahr für Jahr maßvoll zurückzuführen, die laufenden Projekte kritisch auf ihre Wirksamkeit als auch Sinnhaftigkeit zu überprüfen und von einem neutralen Dritten evaluieren zu lassen, wurden in der Vergangenheit regelmäßig vom Tisch gefegt.

Grüne, SPD, Linke und Volt haben die Stadt bisher weiter ins finanzielle Chaos rasen lassen, denn sie wollten allen nur Wohl und niemandem weh tun.

Bonn hat zwar wegen fehlender Finanzierung, der uns von Bund und Land in schöner Regelmäßigkeit zusätzlich auferlegten Aufgaben ein veritables Einnahmeproblem, aber ein noch viel größeres Ausgabeproblem.

Der größte Etatposten ist mit fast 800 Mio. Euro das Budget der Transferleistungen. Und bei diesem Sammelposten ergibt sich auch das größte Sparpotenzial.

Das heißt für uns konkret in den damit verbundenen Bereichen Soziales, Zuschüsse an Kita-Träger, an Wohlfahrtsverbände, an Oper und Theater sowie die freie Kulturszene:

Aufwand reduzieren, Leistungen zurückfahren, Standards absenken!

Auch wenn das im Einzelfall weh tut: Ungeschoren zu bleiben, ist nach Karl Kraus zwar der Wunsch aller Schafe, aber einen Haushalt bekommt man eben ohne Scheere nicht saniert.

Ja, ich weiß, diese Haltung ist unpopulär und wird vom ein oder anderen, insbesondere Jüngeren hier als wenig sozial angesehen, ich gebe aber zu bedenken, was Winston Churchill einmal dazu gesagt hat:

»Wer mit zwanzig kein Sozialist ist, hat kein Herz – wer es mit vierzig immer noch ist, hat keinen Verstand.«

Einzelausgabeposten und zugleich Kostentreiber Nr.1 sind die Aufwendungen für das Personal der Stadtverwaltung. Die sind auf mittlerweile 480 Millionen Euro angeschwollen und werden in vier Jahren auf rund 550 Mio. Euro weiter ausufern.

Dabei spielt auch das ungezügelte Schaffen von Planstellen in den letzten Jahren eine entscheidende Rolle. Die grün-rote Ratskoalition hat der Oberbürgermeisterin seit 2021 mehr als 600 neue Planstellen genehmigt.

Es ist für die Wenigsten nachvollziehbar, dass wir im Vergleich zu anderen Kommunen einen üppig besetzten Verwaltungsapparat mit rd. 7650 Vollzeitstellen haben, der oft mehr mit sich selbst beschäftigt zu sein scheint, als seine Arbeit zeitnah zu erledigen.

Statt selbst zu arbeiten, vergibt die Verwaltung mehr und mehr Aufträge an Dritte:

Eine Anfrage des BBB im Rat brachte beispielsweise ans Licht, dass OB Dörner erst 3½ Jahre nach dem Ratsbeschluss von 2019 zur Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft externe Beratungsunternehmen mit den dazu zu klärenden rechtlichen, steuerlichen und wirtschaftlichen Fragen beauftragte.

Die Gesellschaft ist zwar mittlerweile verfasst, aber ans Arbeiten gekommen, ist sie immer noch nicht richtig. Von der Gesellschaft federführend umgesetzte Projekte sind hier jedenfalls nicht bekannt.

Alles, was nichts mit dem Klimaschutz zu tun hat, wird von der Oberbürgermeisterin und der links-grünen Mehrheit im Stadtrat eben als nachrangig behandelt.

Bestes Beispiel für den Hang der Verwaltung, andere mit ihren Aufgaben zu betrauen, sind die sogenannten Programmbüros der Oberbürgermeisterin.

Diese von Guido Deus zurecht einmal als Politbüros bezeichneten Doppelstrukturen arbeiten nicht selbst, sie lassen arbeiten, kosten dafür aber mit 1,77 Mio. Euro in 2025 und mit 1,99 Mio. Euro ansteigend bis 2029 sehr viel Geld*.

Für den Stellenaufwuchs in den beiden Geschäftsbereichen der Oberbürgermeisterin, fallen sogar in 2025 1,94 Mio. Euro und ansteigend bis 2029 2,19 Mio. Euro an*.

*(Vgl. DS 242336-01 ST)

Meine Damen und Herren,

Münster und Bielefeld sind in Bezug auf die Anzahl der Einwohner und Aufgaben mit Bonn vergleichbar.

Eine Gegenüberstellung des Bonner General-Anzeiger ergab im letzten September, dass Bielefeld mit 6296 und Münster mit 5871 Vollzeitäquivalenten weit weniger Personal haben als Bonn mit insgesamt 7643 Vollzeitstellen.

Die Redakteure fanden auch heraus, dass in diesem Vergleich selbst bei Abzug der höheren Zahl städtischer Kindergärten in Bonn sowie der Berücksichtigung anderer Sondereffekte zugunsten der Bundesstadt, Bielefeld mit 643 Vollzeitstellen weniger auskommt, um seine kommunalen Aufgaben zu erfüllen. Münster kommt nach der Rechnung sogar mit 979 Vollstellen weniger aus.

Demnach liegen die Personalausgaben Bonns, rund 100 Millionen Euro über denen von Bielefeld bei gleichem Leistungsspektrum.

Als OB Dörner in ihrem Interview im November 2024 im GA auf dieses Delta angesprochen wurde, schwadronierte sie von einem Vergleich von Äpfel und Birnen, den die Redakteure da angestellt hätten.

Daraufhin auf die differenzierte Berechnung unter Einbezug der in Teilbereichen unterschiedlich organisierten Kommunen hingewiesen, schwieg die OB lieber.

Das ist auch besser so, denn ansonsten hätte sie sich vorwerfen lassen müssen, nicht wirklich zu wissen, wie ein Benchmark im Personalwesen richtig durchgeführt wird.

Im November 2024 hatten OB Dörner und ihr neuer Kämmerer angekündigt, bis 2029 insgesamt 300 Stellen zu kürzen. Kürzlich teilten beide mit, 60 Stellen im HH-Entwurf 2025/26 gestrichen zu haben.

Bei Betrachtung des Stellenplans - die Haushaltsperiode 2023/24 und 2025/26 vergleichend - ist folgendes festzuhalten**:

1. Im Bereich der Beschäftigten findet ein Stellenaufwuchs bei den Beschäftigten um 45,5 Stellen und das im Wesentlichen im Vergütungsbereich E10 bis E14 statt.

2. Die Stellenvakanz bei Beschäftigten beträgt 412,5 Stellen, was einem Anteil von etwa 10 % entspricht.

3. Im Bereich der Beamten weisen Sie eine Stellenreduzierung um 48 Stellen aus, und das im Wesentlichen in Laufbahngruppe I, Besoldung A9 also den Leistungsträgern dieser Stadt oder besser gesagt den „Machern“ aus.

4. Die Stellenvakanz beträgt bei Beamten 38 Stellen, das entspricht einem Anteil von 2 %.

**(Quelle: Anlagenband Stellenplan ab Seite 74)

Ich stelle fest: Sie, Frau Oberbürgermeisterin, sparen tatsächlich keinen Euro Personalkosten ein, weil Sie dort einsparen, wo eh keine Kosten entstehen. Sie reduzieren schlichtweg nur Vakanzen. Ich frage Sie nun:

Können Sie uns hier und heute die Stellen mit Stellenplannummer, die wir ab dem Haushalt 2025/26 nirgendwo mehr finden werden, benennen oder diese zumindest schriftlich zu Protokoll geben und noch wichtiger, können Sie uns hier und heute verbindlich zu Protokoll versprechen, dass der „Geheimzirkel Konsolidierungsausschuss“, wie ihn der Personalrat nennt, in Wahrheit kein „Verschiebebahnhof“ ist, der im Hintergrund einen Reservepool, ein Stellensparbuch oder ähnliches führt?

Im aktuellen Haushaltsentwurf stehen neben den bekannt großzügigen Beträgen für Soziales und Kultur hohe Millionenbeträge, die allein auf die Umsetzung grün-roter Projekte ausgerichtet sind und zurückgeführt bzw. ganz eingespart werden könnten.

Maßnahmen zur Umsetzung des Radentscheides oder Klimaplanes sind freiwillige Leistungen, die wir uns schlicht nicht leisten können.

Stattdessen ist es unsere Pflicht, die marode Infrastruktur zu sanieren.

Die Kosten dafür sind in der Finanzplanung größtenteils noch gar nicht berücksichtigt. Dort finden sich zum Beispiel für die Schulen nur unbefriedigende Teilsummen und für anstehende Großbaumaßnahmen. Für die Sanierung des Stadthauses taxiert auf rund 480 Mio. Euro, ist im Haushaltsentwurf z.B. nur ein Kleinstbetrag für Planungskosten eingestellt.

Oberbürgermeisterin Dörner zeigt mit der Finanzplanung deutlich, dass sie nicht die Bürgermeisterin aller Bonnerinnen und Bonner ist, sondern sich als grüne Vorarbeiterin viel mehr den Klimabeseelten und jenen, die einen Feldzug gegen die Autofahrer führen, verpflichtet fühlt.

Dass dabei, quasi als Kollateralschaden, die Gewerbetreibenden ins Umland mit günstigeren Steuersätzen abwandern werden und unsere Geschäfte in den Innenstadtlagen kaputtgehen und nimmt sie billigend in Kauf.

Der Anteil von auswärtigen Besuchern der Bonner Innenstadt hat sich seit dem Jahr 2020 verringert.

Da das von auswärtigen Kunden ausgegebene Budget dreimal so hoch liegt, wie das, der Bonner Kunden, ist die Kaufkraft zum Nachteil der Bonner Händler de facto dramatisch gesunken.

Der Rückgang hängt direkt mit der grün-roten Verkehrspolitik zusammen.

Die Innenstadt ist für Autofahrer viel schlechter erreichbar, als vor der Übernahme der Stadtregierung durch die amtierenden Koalitionäre.

Die auf Stau und Verbote ausgerichtete Verkehrsstrategie der Ratsmehrheit schreckt die Kunden schlichtweg ab. Sie geben ihr Geld lieber anderswo aus als in Bonn.

Wie üblich wurde auch der Haushaltsplanentwurf parallel zur seiner Einbringung in den Stadtrat der Bezirksregierung Köln als Genehmigungsbehörde zur Vorprüfung vorgelegt.

Die aus Köln danach geübte harsche Kritik der Kommunalaufsicht teilen wir vollumfänglich.

Hoffnung, dass nach der im Dezember erfolgten Überarbeitung des Finanzplanes dem Stadtrat von der Oberbürgermeisterin ein auf Ein- und Ausgabenseite ausgeglichener Haushaltsentwurf vorgelegt werden würde, hatten wir angesichts der ausgeprägten Verschuldungsmentalität von Katja Dörner und der sie stützenden grün-roten Ratskoalition nicht.

Getrogen hat uns unsere damalige Einschätzung nicht.

Wir sehen zwar die Bemühungen der OB und des Kämmerers, auf den blauen Brief aus Köln zu reagieren, die vorgelegten Sparbemühungen reichen aber nicht aus.

Auch der im Dezember veränderte Haushaltsentwurf verstößt gegen das Gebot der Sparsamkeit und des wirtschaftlichen Handelns:

Er enthält weiter viel zu geringe Besoldungsansätze, weiter ausufernde Personalkosten, einen zu hohen Anteil freiwilliger Leistungen und unkonkrete Einsparvorschläge, wie zum Beispiel die Deckelung des ÖPNV-Zuschusses.

Keiner weiß heute, ob die für den Nahverkehr in 2028 angesetzten Mittel i.H.v. 52,5 Mio. tatsächlich um 20 Mio. Euro gekürzt werden können. Welche Leistungen für das von Kämmerer Fark ausgerufene Einsparziel beim ÖPNV rückgeführt werden müssen, dazu wollen er und die Oberbürgermeisterin sich nicht äußern.

Abgesehen davon, stellt sich die Frage, ob die fürs Sparen notwendige Angebotsverknappung beim ÖPNV mit den von Grün-rot verfolgten Klimazielen der Stadt Bonn vereinbar ist.

Aber wir sind an diesem Punkt ohnehin der Meinung, dass der Stadtrat das beschlossene Vorziehen der Klimaneutralität Bonns auf das Jahr 2035 angesichts unserer schwierigen Lage überdenken sollte.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist ein finanzpolitischer Offenbarungseid, der Bonn einen selbst von unseren Kindern und Kindeskindern nicht mehr abtragbaren Schuldenberg auf Rekordniveau bescheren wird.

Wir vom BBB hingegen wollen, dass die galoppierende Neuverschuldung Bonns gestoppt und ein Kollaps der Stadtkasse verhindert wird.

Folgerichtig haben wir den Antrag eingebracht, ein freiwilliges, gegenüber der Aufsichtsbehörde aber bindendes Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Findet dieser Antrag keine Mehrheit, werden wir den Haushaltsentwurf mit dem unsere Stadt absehbar in den Ruin getrieben werden wird, rundweg ablehnen.

Werte Zuhörer!

Wir vom BBB werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass der städtische Haushalt endlich konsolidiert und der verantwortungslosen Unsitte, immer weiter Schulden zu machen, endlich ein Ende bereitet wird.

Die nahe Zukunft ist zwar noch nicht geschrieben, aber angesichts der von Koalitionsseite vorhin gehörten Reden, wird der Haushaltsentwurf dem entgegen heute mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit durchgewunken werden.

Ungeachtet dessen lautet unser Fazit:

So wie bisher, darf und kann es nicht weitergehen!

Wir dürfen nicht länger auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinde leben!

SPAREN IST DAS GEBOT DER STUNDE!

Meine Damen und Herren,

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.